

WIDER|SPRUCH

In: *Widerspruch* Nr. 35 ~~Nie~~ wieder Krieg (2000), S. 49-50

Autorin: *Jadwiga Adamiak*

Rezension

Burghard Wehner

Prämierung des Friedens.

Alternativen zum "Humanitären" Krieg, Opladen/Wiesbaden (Westdeutscher Verlag), brosch., 130 S., 24.- DM.

Die NATO-Staaten haben zur Rechtfertigung des Kosovo-Kriegs die "westliche Wertegemeinschaft" bemüht. Wehner will zeigen, daß er vielmehr ein Beispiel für einen zivilisatorischen Rückfall ist. Dazu greift er den Anspruch auf, Menschenrechte einer ethnischen Minderheit zu schützen, ohne sich dabei durch völkerrechtliche Tabus wie die Ächtung des Angriffskriegs auf einen souveränen Staat und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Staates behindern zu lassen. Zuerst erinnert er an den Sinn dieser Normen in der UN-Charta: Staatsgrenzen, die meistens mehr oder weniger zufällig bzw. willkürlich gezogen worden sind, waren oft Kriegsanlaß; ihre Respektierung erschien daher als das kleinere Übel, auch wenn dabei innerstaatliche Repressionen in Kauf genommen wurden und noch werden (z. B. Kurdenproblem in der Türkei). Außerdem weist der Autor bei der Untersuchung der Haltung Deutschlands zur Kriegsentscheidung auf eine weitere Position hin, die aufgegeben wurde: die Grundgesetz-Artikel, die als Lehre aus dem 2. Weltkrieg festlegten, daß von deutschen Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Diese Vorgaben wurden ignoriert, um den NATO-Partnern gegenüber Bündnistreue demonstrieren zu können. Bündnistreue aber ist gegenüber Verfassungstreue ein schwaches Argument, rügt Wehner.

Im weiteren untersucht er, wie konsequent eigentlich die NATO-Staaten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker im ehemaligen Jugoslawien eingetreten sind. So seien bei der Anerkennung der Separationsbestrebungen Kroatiens die Interessen der serbischen Minderheit schlicht ignoriert wor-

den, die wegen befürchteter Diskriminierung durch die Mehrheits-Ethnie gegen eine Abspaltung der früheren Teilrepublik war und schließlich im Zuge der ethnischen Säuberung vertrieben wurde. Danach arbeiteten westliche Politiker in Bosnien-Herzegowina daran, ein Modell multiethnischen Zusammenlebens durchzusetzen, vor dem sie ihre eigenen Staaten allerdings durch Einwanderungspolitik, Assimilierungsdruck und praktizierte Diskriminierung abzuschotten versuchen. Im Kosovo schließlich wollte man lange Zeit aus Angst vor einem Domino-Effekt in anderen Balkanstaaten den Status quo der staatlichen Integrität aufrechterhalten. Die Politik des Westens, so Wehner, vermittelte nicht den Eindruck, eine neue Konzeption zur besseren Respektierung der Menschenrechte in die Tat umzusetzen; sie hinterließ vielmehr ein Bild von willkürlichen Entscheidungen und Versäumnissen. Als die NATO sich schließlich zum Krieg entschloß, so sei dies nicht aus moralischen Erwägungen geschehen, sondern um nach den vorangegangenen militärischen Drohungen nicht das Gesicht zu verlieren. Wehner illustriert diese Analyse mit Zitaten des früheren Außenministers Klaus Kinkel ("Wer den Mund spitzt, muß auch pfeifen"). Damit wurde der zivilisatorische Fortschritt, der darin bestand, Krieg nur als ultima ratio zuzulassen, aufgegeben, Tabus zur Eindämmung von Kriegsanlässen gebrochen. Das erklärte Ziel, für Rechte aller Menschen zu kämpfen, verhöhnte die NATO durch die Art der Kriegsführung, die darauf angelegt war, Todesopfer unter den eigenen Soldaten zu vermeiden, zugleich aber mehr Todesopfer unter den Serben und Albanern als "Kollateralschäden" hinzunehmen. Hier sieht der Autor die Verhältnismäßigkeit von Anspruch und eingesetzten Mitteln nicht gegeben. Unter Berücksichtigung der Vorgeschichte des Krieges und der Kriegspraxis sei dessen moralische Rechtfertigung zu bezweifeln, schlußfolgert er.

Als Lehre aus dem Versagen der Politik beim Zerfall Jugoslawiens plädiert Wehner für ein verstärktes Augenmerk auf friedliche Mittel zur Lösung von Konflikten. Dabei setzt er auf eine List der Vernunft, die der Tatsache Rechnung trägt, daß ökonomische Argumente auf Politikerseite immer ein offenes Ohr finden. Er versucht Strickmuster von Wirtschafts-Institutionen zur Sicherung des Geldwertes auf die Friedenssicherung zu übertragen: So diskutiert er in Anlehnung an die Bundesbank und ihre Rolle in der Inflationbekämpfung die Schaffung einer Institution, deren Aufgabe die nachhaltige Friedenssicherung wäre. Einen weiteren möglichen Ansatz zur Konfliktbewältigung ohne Krieg sieht er in einer Art von Bürgergeld, das von internationalen Institutionen direkt an die Bevölkerung gezahlt werden

könnte, als Belohnung dafür, Vorschläge für ein multiethnisches Zusammenleben und daraus resultierende Nachteile zu akzeptieren. Spielraum für diese Art von Friedensdividende ergäbe sich aus den vermiedenen Kosten für die Kriegsführung.

Der Autor trägt einige sehr interessante Gedanken vor, die leider nicht systematisch und stringent entwickelt werden. Zwischen diesen Highlights gibt es jedoch etliche redundante, um nicht zu sagen, "tümelnde" Passagen, die das Durchhaltevermögen der Leser strapazieren.

Jadwiga Adamiak